

Resolution der Vollversammlung am 28. September 2022

RED III-Beschluss des Europäischen Parlaments verhindert Ausbau der Biomassenutzung

Am 14. September wurde im Plenum des Europäischen Parlaments der Beschluss zur Erneuerbaren Energie Richtlinie (RED III) gefasst. Durch die Einführung einer praktisch völlig untauglichen Definition für „Primärbiomasse“ soll die direkte Nutzung von Biomasse aus dem Wald auf dem durchschnittlichen Niveau des Jahres 2017 bis 2022 eingefroren werden. In weiterer Folge soll diese Menge bis 2030 auf ein von der Kommission noch vorzuschlagendes Niveau reduziert werden. Angebliche Übernutzungen des Waldes sollen so verhindert werden. Fakt ist jedoch, dass die Waldfläche der 27 EU-Mitgliedstaaten in den letzten 30 Jahren um ca. 14 Mio. Hektar ausgeweitet wurde.

Biomasse nimmt in Oberösterreich den ersten Platz unter den erneuerbaren Energieträgern ein. Holz aus den heimischen Wäldern als erneuerbare Energieträger nicht zu nutzen wäre verantwortungslos, widersinnig und auch klimapolitisch grob fahrlässig.

Auch die oberösterreichischen Energietechnologieunternehmen sind weltweit gefragt und befinden sich im absoluten Spitzenfeld. Jeder vierte automatische Biomasseheizkessel in der EU stammt aus Oberösterreich.

Daher fordert die Vollversammlung der LK OÖ im Einklang mit der im Regierungsprogramm 2020-2024 „Aus Verantwortung für Österreich“ verankerten Zielsetzung eines klimaneutralen Österreichs bis spätestens 2040 und im Interesse der oberösterreichischen Waldbesitzer und Kesselhersteller das zuständige Bundesministerium für Klimaschutz mit Nachdruck auf, sich im weiteren Diskussionsprozess bei den nun anstehenden Verhandlungen auf Ebene des EU-Fachministerrates energisch für den weiteren Ausbau der nachhaltigen heimischen Biomassenutzung einzusetzen und Biomasse weiterhin als erneuerbaren Energieträger anzuerkennen.

Die Erreichung der ambitionierten verpflichtenden Klima- und Energieziele 2030 und die Klimaneutralität Österreichs bis 2040 sind bei einer Umsetzung der aktuell vorliegenden RED III Richtlinie unmöglich. Bei Nichterreichung der Klima- und Energieziele drohen zudem hohe Kosten durch Vertragsverletzungsverfahren.